



NEUE GEMEINDE

www.gvvgld.at

info



Coronavirus: Land, Gemeinden und Städte weiten die Testkapazitäten im Burgenland massiv aus Seite 6 - 7

Gerechter Lohn: Klares Ja zum Mindestlohn von 1.700 Euro für Gemeindebedienstete!

Seite 3

GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen ein frohes Osterfest! Bleiben Sie gesund!

Raumplanung NEU macht Leben leistbarer: Bauland wird günstiger, Gemeinden bekommen Rechtssicherheit, Kritik an ÖVP Seite 12, 13

Klartext!

100 Jahre Burgenland und SPÖ, 70 Jahre GVV



Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Geschätzte BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 9. Jänner 1921 hielt die Sozialdemokratische Partei des Burgenlandes ihre erste Konferenz ab – damals noch in Wiener Neustadt und vor der Übergabe des Burgenlandes an die Republik Österreich. Damit war der Grundstein der SPÖ Burgenland gelegt.

Bürgermeister und Gemeindevertreter waren natürlich auch schon in den 1920er Jahren wichtig, wiewohl die Aufgabenstellung in der Zwischenkriegszeit naturgemäß eine völlig andere war als heute. Während des Austrofaschismus und der Nazizeit wurden Bürgermeister vom Regime eingesetzt und nicht vom Volk bzw. Gemeinderat gewählt.

Die ersten Gemeinderatswahlen nach dem zweiten Weltkrieg fanden im Jahr 1946 statt und nur einige Jahre später, im Jahr 1951, wurde bereits der sozialdemokratische Gemeindevertreterverband unter dem Vorsitz des damaligen Steinbrunner Bürgermeister Fritz Robak gegründet. Das heißt, heuer können wir mit viel Stolz und Demut 100 Jahre Burgenland, 100 Jahre Sozialdemokratie im Burgenland und 70 Jahre Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband Burgenland feiern!

Jedenfalls können wir unseren Vorgängern sehr dankbar sein, weil sie mit viel Engagement und Einsatzbereitschaft ein solides Fundament für das heute viel beachtete Burgenland errichtet haben, auf dem wir gemeinsam seit Jahrzehnten mit sozialdemokratischem Bauplan weiterbauen. Es erscheint mir sehr wichtig, auf diese erfolgreiche Entwicklung zurückzublicken, die es ohne die zahlreichen sozialdemokratischen Persönlichkeiten sicherlich nicht gegeben hätte. Wir müssen aber auch gleichzeitig den Blick nach vorne zu richten. Meiner Meinung nach ist es wichtig, die Vergangenheit zu kennen, um auch die Zukunft gut gestalten zu können!

Klar ist, gemeinsam sind wir stark! Und deshalb war und ist es auch besonders wichtig, dass wir als Gesinnungsgemeinschaft und Interessensvertretung in der SPÖ und im Gemeindevertreterverband gut zusammenarbeiten und stark zusammenhalten!

In diesem Sinn werden wir im Laufe des Jahres (wenn es die Pandemie wieder besser zulässt) diese großen Jubiläen mit Würde und Freude auch gemeinsam feiern. Zunächst wünsche ich euch aber ein hoffnungsvolles Osterfest und möglichst viel Gesundheit!

Mit freundschaftlichen Grüßen
Euer

Erich Trummer,
GVV Präsident



Für die Einführung des Mindestlohns auf Gemeindeebene: Elisabeth Böhm, Maximilian Köllner, Günther Fabits, Kilian Brandstätter
Foto: SPÖ Bezirk Neusiedl am See

Mindestlohn in den Gemeinden: GVW und SPÖ unterstützen Einführung

Seit 1.1.2021 ist das Gehalts- und Besoldungssystem mit der Option auf einen Mindestlohn von 1.700 Euro für Gemeindefacharbeiter*innen auch auf Gemeindeebene in Kraft getreten. Ein klares Ja zum Mindestlohn für Gemeindebedienstete kommt vom GVV und der SPÖ. Nun sind die Gemeinden am Zug.

Auf Bezirksebene untermauerte zuletzt die SPÖ des Bezirkes Neusiedl am See ihr Bekenntnis zum Mindestlohn. „Wir sehen dies als Gebot der Stunde“, so die beiden Bezirksvorsitzenden Kilian Brandstätter und Maximilian Köllner, „Jetzt ist es nur fair, nach der Einführung des Mindestlohns von Euro 1.700,- auf Landesebene, diesen auch auf Gemeindeebene wirksam werden zu lassen. Das bedeutet nicht nur einer Wertschätzung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachzukommen, sondern vor allem auch in dieser schwierigen Zeit die Kaufkraft zu stärken und die regionale Wirtschaft anzukurbeln. Je mehr Geld die Menschen verdienen, desto mehr können sie in den Wirtschaftskreislauf einbringen. Zehn Euro pro Stunde muss die Arbeitsleistung in den Gemeinden wert sein.“

Die SPÖ setzt in Minderheitsgemeinden auf Unterstützung der anderen Parteien. „Der Mindestlohn für die Gemeindebediensteten ist notwendig. Die Gespräche mit unseren MitarbeiterInnen haben gezeigt, dass sie mit ihrem Einkommen nicht mehr das Auskommen haben. Deswegen stehen wir als SPÖ ganz klar zum neuen Mindestlohn von Euro 1.700,-. In der Stadt Neusiedl am See benötigen wir dazu auch die Stimmen der MandatarInnen anderer Gemeinderatsparteien. Ich bin aber guter Dinge, dass auch die anderen das ähnlich sehen. Unsere Bediensteten leisten sehr viel für die Stadtgemeinde, für unser aller Wohl. Man kann sich vorstellen, dass in der Bezirkshauptstadt ein massiver Arbeitsaufwand herrscht. Der Mindestlohn ist daher nur fair und gerecht“, sagt LABg. Bürgermeisterin Elisabeth Böhm. Es gehe darum, die Einführung des Mindestlohnes auf Gemeindeebene nicht als Politikum zu sehen, sondern als das, was es tatsächlich ist – eine wichtige Maßnahme für die Menschen, damit diese ihre Ausgaben besser kalkulieren und ihr Leben besser bestreiten können, ergänzt der Halbturner Gemeindevorstand und Ortsparteivorsitzende Günther Fabits.

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland
wünscht alles Gute
zum Geburtstag!

BGM.

Andreas GRADWOHL
Sieggraben

40

BGM.

Josef KUTROVATZ
Sigless

60

VBGM.

Hans BIELER
Goberling

70

Trauer um Bgm. a.D. †

Alfred Grandits



In tiefer Trauer nimmt der GVV Burgenland Abschied von Alfred „Fredi“ Grandits. Der langjährige Stinitzer Bürgermeister ist im 77. Lebensjahr verstorben. Die Kommunalpolitik und die Menschen lagen Grandits besonders am Herzen. Er war von 1978 bis 2009 Gemeinderat in seiner Heimatgemeinde, von 1982 bis 2009 Gemeindevorstand und von 1987 bis 2009 als Bürgermeister tätig. Grandits war auch langjähriges Präsidiums- und Landesvorstandsmitglied des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen!

*Zur Sache!***Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!**

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Zunächst möchte ich mit bei allen Verantwortlichen auf kommunaler Ebene für die bisherigen tollen Leistungen während dieser Pandemie auf Ebene der Gemeinden bedanken, insbesondere aber bei all jenen, die es auch noch geschafft haben, in ihrer Gemeinde gemeindeeigene Teststraßen zu betreiben. Sie leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie und für mehr Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger. Jetzt kommen schön langsam auch die Impfungen ins Rollen. Bei allen Diskussionen um die bestellten Mengen und die Reihungen sollte allen klar sein, dass pauschale Kritik keine Probleme löst, sondern nur neue Verwirrung und Verunsicherung stiftet. Die Diskussionen um mögliche Privilegien für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister halte ich für mehr als entbehrlich, wiewohl sich einige wenige Standesvertreter leider nicht der Würde ihres Amtes nach benommen haben.

Seit nunmehr einem Jahr schränkt die Corona-Pandemie unser Leben ein. Viele Menschen haben ihr Leben verloren, sehr viele waren oder sind noch schwer erkrankt. Hinzu kommen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen, die in ihrem vollen Umfang noch gar nicht abzuschätzen sind. Die seit Dezember 2020 verfügbaren, hochwirksamen Impfstoffe gegen das Coronavirus sind daher, zu recht, ein Signal der Hoffnung für die Menschen, das wir in diesen schweren Zeiten dringend benötigen.

Nur wenn es uns gelingt, möglichst viele Menschen so rasch wie irgend möglich zu impfen, werden wir wieder zu einem normalen Leben zurückkehren können, auch wenn klar ist, dass uns zoonotische Pandemien wahrscheinlich weiterhin in der Zukunft massiv beschäftigen werden. Trotzdem sind die nun entwickelten Impfungen das immer wieder ersehnte Licht am Ende des Tunnels. Es muss gelingen, große Teile der Bevölkerung auf diesem Impfweg mitzunehmen und zu impfen. Kritik an Maßnahmen ist immer wichtig, vor allem in Demokratien, aber Kritik allein löst bekanntlich keine Probleme, sondern stiftet oft nur Verunsicherung. Die Mammutaufgabe, die gesamte Bevölkerung so schnell und effektiv wie möglich zu impfen, in Organisation, Information, Terminvergabe und Beschaffung von Impfstoffen in den entsprechenden Mengen, bereitet große Probleme und nicht alles wird sofort klappen. Jetzt gilt es, so schnell wie möglich Impfstoff zu beschaffen und die Prozesse zu optimieren, damit wir das Ziel, ein halbwegs normales Leben, bis Sommer 2021, erreichen können.

Die Kommunen als ein wichtiger Betreiber der Test- und dann auch der Impfstreifen stehen mit der notwendigen Infrastruktur bereit und werden auch eine größere Zahl an Impfungen organisatorisch gut bewältigen. Gemeinsam werden wir Corona besiegen und dann den Neustart in Städten und Gemeinden starten. Mit den Impfungen hat der Ausweg aus der Pandemie begonnen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Gemeinden im Burgenland								
Corona-Finanzausfall/Abgeltung (Datenbasis BMF, 18.01.2021)								
in Millionen €								
Jahr	Covid Kosten/Gemeinden EA + Komm.St. (Prognose BMF)	SPÖ/GVV Forderung: 100% Abgeltung mit frischem Geld		bereits verbrauchter WA-Vorschuss	Kreditierte Bundesgelder Gemeinde-Rückzahlung		frisches Bundesfördergeld tatsächlich	
2020	38	38	EA+Komm. Steuer-Rückgang	5,9	31	Paket I KIGA 2020:50% Kofinanzierung von Gemeinden (Großteils nur mit Krediten möglich) EA-Vorschussausgleich im 1 Quartal 2021		
2021	35	35	EA+Komm. Steuer-Rückgang		22,4	EA-Sondervorschuss: Rückzahlung ab 2023	3,1	EA-Auszahlung für alle im 2.-4. Quartal Strukturfonds für 119 Gemeinden
	73	73		5,9	53,4		10,4	46 €/EW
EA = Ertragsanteile				Die Summe für das von der Bundesregierung falsch dargestellte Gemeindepaket II				
rote Schrift = Gemeindepaket II				für bgl. Gemeinden beträgt zwar 41,8 Mio. Euro ,				
Berechnung GVV / Trummer				lediglich 13,5 Mio. Euro „frisches Geld“ werden aber wirklich ausbezahlt				

Bundesregierung lässt Städte und Gemeinden finanziell weiterhin im Stich!

Das Gemeindepaket II ist abermals keine echte Hilfe für Städte und Gemeinden, sondern nur Mogelpackung. Der GVV fordert weiter Hilfspaket, das diesem Namen gerecht wird.

Der GVV Burgenland fordert vom Bund seit Monaten eine 100-prozentige Abgeltung des Corona-Einnahmenausfalles mit einem dringend notwendigen Gemeindefinanzhilfspaket in der Höhe von mindestens 70 Millionen Euro für die burgenländischen Gemeinden. Doch statt den Städten und Gemeinden endlich echte Hilfe zukommen zu lassen, gibt es von der türkis-grünen Bundesregierung nur ein weiteres Mogelpaket, das am 20. Jänner 2021 im Nationalrat beschlossen wurde. GVV-Präsident Erich Trummer bringt es auf den Punkt: „Die türkis-grüne Bundesregierung nimmt die prekäre finanzielle Lage der Kommunen nach wie vor nicht ernst und will jetzt noch die Gemeinden austricksen und sie in die Schuldenfalle drängen!“

Trummer sieht „türkis-grünen PR-Gag“

Trummer kritisiert das massiv: „Es mag vielleicht gut klingen, wenn Blümel, Kurz und

Co weitere 1,5 Milliarden Euro für die Kommunen Österreichs zur Verfügung stellen. Leider handelt es sich dabei – wie so oft – um einen türkis-grünen PR-Gag. In Wirklichkeit lässt die Regierung die Gemeinden im Stich. Zwei Drittel des sogenannten Hilfspaketes sind nichts anderes als ein Bundeskredit und müssen ab 2023 wieder zurückbezahlt werden!“ Dazu werden auch noch bereits im Jahr 2020 ausbezahlte Ertragsanteilsgelder in der Höhe von 140 Millionen Euro, im März aufgerollt und von diesen jetzt zugestandenen Ertragsanteils-vorschüssen wieder abgezogen. Durch die Corona-Krise mangelt es dazu auch noch an Einnahmen aus der Kommunalsteuer. Hinzu kommt, dass schon das erste Gemeindefinanzhilfspaket der Regierung, die sogenannte „Gemeindemilliarde“, keine echte Hilfe war: Denn um die Gelder für konkrete Investitionsprojekte abrufen zu können, müssen Gemeinden 50 Prozent der Mittel selbst aufbringen. „Das geht sich nicht aus, wenn nicht einmal der laufende Betrieb ohne Schulden aufrecht erhalten werden kann“, sagt Trummer. Deshalb verwundert es nicht, dass dieses erste Paket, beschlossen im Juni 2020, erst zu rund einem Drittel beansprucht wurde. „Rasche und unbü-

rokratische Hilfe schaut anders aus. Weder das erste noch das zweite Hilfspaket der Regierung ist geeignet, unseren Gemeinden entscheidend zu helfen“, so der GVV Präsident weiter.

GVV fordert 100-prozentige Abgeltung

Der GVV Burgenland fordert daher weiter eine 100-prozentige Abgeltung des finanziellen Ausfalls durch die Corona-Krise für Städte und Gemeinden und ein auf-lagenfreies Hilfspaket. Denn von den von der SPÖ-geforderten 250 Euro pro Einwohner sind erst tatsächlich 59 Euro pro Einwohner als auf-lagenfreie Hilfe für die burgenländischen Gemeinden zugesagt worden. Oder anders gesagt, für die Krisenabgeltung in der Höhe von 73 Millionen Euro fehlen in den burgenländischen Gemeindegeldern immer noch fast 56 Millionen Euro.



Info-Box

Anmeldung zu den Tests über Online-Plattformen

Die Tests sind für die BürgerInnen kostenlos, die Finanzierung erfolgt durch den Bund. Damit bekommen auch die Gemeinden ihre Aufwendungen vom Bund abgegolten, die Verrechnung erfolgt allerdings über das Land Burgenland.

Die Anmeldung zu den Testungen in den BITZ und in den Gemeinden erfolgt weiterhin über das Anmeldesystem www.oesterreich-testet.gv.at, über das auch die Verrechnung mit dem Bund erfolgt. Auch bei den Apotheken wird sie online über www.apotheken.oesterreich-testet.at durchgeführt

Vormerken zur Covid-19 Schutzimpfung im Burgenland

Ein Vormerken für die Covid-19 Schutzimpfung ist online über <https://impfen.lsz-b.at/> möglich. Bis Mitte März haben sich 121.611 Burgenländerinnen und Burgenländer für eine Covid-19 Schutzimpfung vormerken lassen.

Coronavirus: Land und Gemeinden



Städtebund Burgenland Vorsitzende Salamon, LR Schneemann, GVV Präsident Trummer
Foto: GVV Burgenland

Die neue Einreiseverordnung des Bundes führte zum Ansturm von ungarischen und slowakischen Pendlern auf burgenländische Testzentren. Darauf wurde in einer Kooperation zwischen dem Land Burgenland und den Gemeinden reagiert: Mit einer Verdoppelung der Kapazitäten in den BITZ des Landes und neuen Testangeboten in zahlreichen Gemeinden und Apotheken.

Da das Burgenland als Grenzregion von der neuen Einreiseverordnung der Bundesregierung besonders betroffen ist, weil tausende ungarische und slowakische Pendler binnen 24 Stunden nach Einreise einen Antigen-Test nachweisen müssen, was zu einem Ansturm auf die burgenländischen Teststraßen geführt hat, wurde umfassend reagiert. GVV Präsident Trummer: „Die

ständigen, kurzfristigen Ankündigungen des Bundes, etwa hinsichtlich der Berufsgruppe körpernaher Dienstleister, haben Verunsicherung in der Bevölkerung ausgelöst und natürlich hohen Bedarf an Testungen generiert. Daher werden die Gemeinden helfen und die Testkapazitäten im Burgenland massiv ausweiten“. Gemeinsam mit Soziallandesrat Leonhard Schneemann, Bürgermeisterin Ingrid Salamon, der Vorsitzenden des Städtebundes Burgenland, und dem Gemeindebund, wurden das Maßnahmenpaket erläutert.

Mit 207.715 Tests pro 100.000 Einwohner (Stand 15.03.2021) steht das Land bei den Antigen-Tests von allen Bundesländern am besten da. Bei den Testungen insgesamt – Antigen und PCR – hat das Burgenland mit 264.678 Tests pro 100.000 Einwohner die zweithöchste Testanzahl nach Vorarlberg. Insgesamt sind im Burgenland bisher 778.154 Testungen durchgeführt worden. Trummer weist darauf hin, dass man plötzlich vor neuen Voraussetzungen stand: „Die Bundesregierung kündigt fast jeden Tag neue Maßnahmen an, ohne an die Konsequenzen der praktischen Umsetzung zu denken. Im Falle des Burgenlandes kam es durch die neuen Verordnungen zu einem regelrechten Ansturm auf unsere Testzentren.“

Hintergrund: Mit rund 16.000 ungarischen und 1.000 slowakischen ArbeitnehmerInnen ist das Burgenland von der neuen, seit 10. Februar 2021 geltenden Einreiseverordnung des Bundes besonders stark betroffen. Berufspendler dürfen demnach zwar ohne Antigentest über die Grenze kommen, müssen diesen aber binnen 24 Stunden nachholen. Da in Ungarn kaum Testmöglichkeiten vorhanden sind und ein Test ca. 70 Euro kostet, lassen sich viele Berufspend-



Seit 17. Februar steht in Winden im Gmustodl – vor der Pandemie ein beliebter Ort für ausgelassene Feste und Feiern – eine Teststraße zur Verfügung. Die Tests sind kostenlos. Im Bild Bürgermeister Erwin Preiner mit Landesrätin Daniela Winkler und einer Mitarbeiterin der Teststraße
Foto: Gemeinde Winden

weiten Testkapazitäten im Burgenland massiv aus

ler in Österreich testen. Damit war der Ansturm auf die burgenländischen Testzentren vorprogrammiert. Das Land hat daher die Testkapazitäten in den BITZ (Burgenländische Impf- und Testzentren) verdoppeln. Überall, wo es nötig ist, wurde eine zweite Testspur eingerichtet, wenn notwendig sogar eine dritte. Insgesamt gibt es in den BITZ landesweit 15 Teststraßen.

Viele Gemeinden haben außerdem mit Mitte Februar neue Testangebote geschaffen. Für spürbare Entlastung sorgen auch Gratis-Antigen-Tests in vielen Apotheken. An die 30 Apotheken landesweit haben sich bereit erklärt, Tests durchzuführen, die Zahl kann aber noch steigen. Trummer dazu: „Die Gemeinden sind es gewohnt Krisenmanager zu sein, und wir wollen auch aktive Partner bei Testungen sein. Die Testungen müssen bürgernah passieren. Deshalb ist die Ausrollung auf mehrere Gemeinden sinnvoll. So ist eine Vervielfachung der Testanzahl möglich.“



In Breitenbrunn werden Corona-Antigen-Schnelltests in der Kirschblütenhalle angeboten - je häufiger man sich testen lässt, desto mehr Sicherheit hat man, weiß Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf

Foto: Gemeinde Breitenbrunn

Mehr Sonne, mehr Power.

Mach' mit und hol' dir dein SonnenAbo!

weiterdenker.at

energie BURGENLAND | burgenland | Land Burgenland



Elke Dvornikovich, Vizebürgermeisterin
Oslip Foto: SPÖ Oslip

Dvornikovich Vize- Ortschefin in Oslip

Elke Dvornikovich ist die neue Vizebürgermeisterin in Oslip. Die engagierte Kommunalpolitikerin folgte in dieser Funktion Martin Miedler. Die Übergabe fand am 26. Jänner dieses Jahres statt. Dvornikovich ist seit 2008 im Gemeinderat und war von 2012 bis zuletzt Gemeindevorständin. „Es ist mir ein großes Anliegen, für unsere Heimatgemeinde und für die Menschen, die hier leben, zu arbeiten und mich für sie einzusetzen.“ Bei ihrem Vorgänger bedankt sie sich für dessen wertvolle und ausgezeichnete Arbeit als Vizebürgermeister.

Drassburg: Gemeinde kauft CB-Immobilie

Die Gemeinde Drassburg hat nach einer Versteigerung das Gebäude der ehemaligen Commerzialbank-Filiale erstanden. Zur 150 Quadratmeter großen Immobilie gehört auch ein 1.200 Quadratmeter großer Parkplatz. Mit dem neu erworbenen Grundstück am Hauptplatz hat die Gemeinde noch mehr Möglichkeiten für die Revitalisierung und Neugestaltung des Dorfkerns, so Bürgermeister Christoph Haider.



GV Roland Koller, VBgm. Andreas Bandat
und Bgm. Christoph Haider Foto: SPÖ

GVV Burgenland begrüßt die SPÖ-Initiative „Aktion 40.000“

Die SPÖ will mit Jobs für Langzeitarbeitslose bei Städten und Gemeinden, gemeinnützigen Organisationen oder sozialen Unternehmen 40.000 Langzeitarbeitslosen neue Chancen und Perspektiven geben. Der GVV Burgenland unterstützt das Vorhaben.

GVV Burgenland Präsident Erich Trummer kann dieser verbesserten Neuauflage der „Aktion 20.000“ einiges abgewinnen: „Wir denken, dass durch die COVID-19 Krise ein enormer Sockel an Langzeitarbeitslosen entstehen wird, und diese Aktion ist ein gutes Instrumentarium, um konsequent und wirksam gegenzusteuern!“ Aus Studien ist bekannt, dass es Langzeitarbeitslose besonders schwer haben, am Arbeitsmarkt unterzukommen. Die Situation ist mit der Pandemie noch schwieriger geworden. Leider hat die türkis-grüne Bundesregierung die sehr erfolgreiche Aktion 20.000 als eine ihrer ersten Maßnahmen ersatzlos gestrichen. Derzeit gibt es schon über eine halbe Million Arbeitslose, davon 140.000 Langzeitarbeitslose. Trummer: „Die türkis-grüne Bundesregierung ist dringend gefordert zu handeln, sonst droht aus der Corona-Pandemie eine Pandemie der Armut zu werden. Nach den Prognosen von ExpertInnen ist aufgrund der Pandemie noch längere Zeit mit einer hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen und vor allem

mit einem starken Ansteigen der Langzeitarbeitslosen. Trummer: „Um entschlossen gegen diese Entwicklungen in Österreich vorzugehen, muss es – neben einem historisch großen Konjunkturprogramm zur Wirtschaftsankurbelung und Hilfsprogrammen für die Städte und Gemeinden – gezielte Beschäftigungsprogramme geben. Auch die Gemeinden können dabei – mit den richtigen Förderprogrammen – helfen!“

Der Bund soll dabei – laut SPÖ Antrag – 100 Prozent der Lohn- und Lohnnebenkosten im ersten Jahr der Beschäftigung bei der Aktion 40.000 übernehmen. Kosten würde die Finanzierung der Aktion 40.000 den Staat zwischen 150 und 270 Millionen Euro. Zum Vergleich: Kanzler Kurz gönnt sich ein Budget an Eigenwerbung in der Höhe von 210 Millionen Euro. Mit der Aktion 40.000 können Arbeitsplätze geschaffen werden, die von Unterstützungsleistungen für pflegebedürftige Menschen, organisatorischer Unterstützung bei Test- und Impfstraßen, über Kurierdienste in kleinen Gemeinden, in denen das Postamt zugesperrt hat, bis zu Ansprechpersonen in Wohnanlagen oder der Instandhaltung von Grün- und Parkflächen reichen. „Mit der Aktion 40.000 würden sowohl die Betroffenen, als auch die Städte und Gemeinden profitieren – eben eine echte Win-Win-Situation“, so Trummer.

Info-Box

Aktion 40.000

- 40.000 öffentlich finanzierte, neue Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen, gemeinnützigen Vereinen und sozialen Unternehmen sollen geschaffen werden (z.B. Unterstützungsleistungen für Pflegebedürftige, organisatorische Unterstützung bei Test- und Impfstraßen, Instandhaltung von Grün- und Parkflächen)
- Die Aktion 40.000 schafft eine Win-Win-Situation für Betroffene und Gemeinden.
- Im ersten Jahr gibt es eine volle Finanzierung durch den Staat, im zweiten Jahr eine Kofinanzierung.
- Die Aktion 40.000 richtet sich an ALLE Langzeitarbeitslosen und baut auf dem Konzept der Aktion 20.000 auf – der erfolgreichen Joboffensive für ältere Langzeitarbeitslose über 50 Jahre, die von Türkis-Blau jedoch abgedreht wurde.



Im Fokus der Strategiesitzung stand ganz besonders die Vorbereitung der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2022
Foto: GVV Burgenland

Mit Strategie ins Wahljahr 2022

Anfang März fand in der AK Burgenland eine Strategiesitzung des GVV Burgenland und der SPÖ Burgenland statt. Mit dabei waren alle SPÖ Bezirksvorsitzenden, die GVV Spitze sowie alle SPÖ Bezirksgeschäftsführer sowie der SPÖ Landesgeschäftsführer.

Ziel der Klausur war es, die Partei und den GVV besser zu vernetzen und wichtige Projekte zu definieren und zu diskutieren. Im Fokus stand natürlich, neben aktuellen Themen, ganz besonders die Vorbereitung der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl

2022, da ja bereits im Herbst 2021 die ersten Wechsel von BürgermeisterInnen anstehen. Vorbereitet wurde die Klausur vom 2. Landesgeschäftsführer des GVV, Patrick Hafner, der ja genau für die Vorbereitung der Wahl und der vor Ort Betreuung der Mandatarinnen und Mandatare in den Kommunen zum GVV gewechselt ist.

Für den GVV mit dabei waren die beiden Landesgeschäftsführer sowie GVV Präsident Erich Trummer. Vorgestellt wurde auch das GVV Analysetool GeMo, in dem bereits Berichte zu allen Gemeinden erfasst sind.

Webinare

WEBINARE - Renner Institut in Kooperation mit KOPAK (Anmeldung bei alexandra.gager@spoe.at):

- Schreibwerkstatt – Mi, 07.04.2021, 18:30 Uhr
- Wer neue Kräfte im Gemeinderat will, muss besser suchen – Mi, 14.04.2021, 18:30 Uhr
- Der richtige Dreh (Webinarreihe) – Mi, 21. und Do, 22.04.2021, 18:30 Uhr
- Instagram leicht erklärt – Mi, 28.04.2021

WEBINARE – GVV Burgenland (Anmeldung unter office@gvvgld.at)

- Hol dir dein Geld zurück - Arbeitnehmerveranlagung mit Schwerpunkt auf GemeindemandatarInnen – Do, 06.04.2021, 16:00 Uhr

Winden setzt auf Umwelt- und Artenschutz

Der Schilfgürtel des Windener Ortsbaches soll nach Pflegemaßnahmen wieder mehr Vögel und Fische beheimaten. Erste Arbeiten haben bereits begonnen, weitere Projekte sollen folgen, kündigt der Windener Bürgermeister, Nationalratsabgeordneter Erwin Preiner, an.

In Kooperation mit dem Land Burgenland werden im Bereich des Schilfgürtels des Ortsbaches von Winden am See unter Einsatz eines speziellen Schwimmbaggers der Firma Pasteriner Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt.

„Weite Teile des Schilfbestandes sind bereits fast verlandet. Aufgrund der dadurch fehlenden Belüftungskanäle finden Fische kaum noch Lebensraum und Vögel immer weniger Brutstätten“, erklärt Bürgermeister Erwin Preiner, SPÖ-Bereichssprecher



Landesrat Heinrich Dorner und Bürgermeister Erwin Preiner nahmen vor Ort den Einsatz des Schwimmbaggers und die Pflegemaßnahmen in Augenschein
Foto: Gemeinde Winden

für Natur und Umwelt im burgenländischen Landtag.

Ziel dieses Pilotprojektes ist es, dem Schilfgürtel wieder mehr Leben einzuhauchen, das Wasser des Ortsbaches besser zu belüften und damit der typischen Schilffauna mehr Lebensraum zu ermöglichen. Dazu wurde bei der Europäischen Union bereits ein Projekt im Rahmen von „Pannonic Salt“ eingereicht. Der Projektzeitraum ist 2021-

2026, die Projektkosten betragen zehn Millionen Euro. „Wir können durch diese Pflegemaßnahmen den ökologischen Zustand des Schilfgürtels deutlich verbessern. Zugleich wird der Ortsbach für Fischer und die Jägerschaft besser befahrbar. Für mich persönlich hat der Schilfbereich als Heimstätte der Fische und Vögel hohe Priorität. Weitere Projekte werden hier in Winden am See folgen“, verspricht Preiner.



Stephan Sharma, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland, mit Landesrat Leonhard Schneemann und Peter Sinowatz, Geschäftsführer der Energie Burgenland Breitband GmbH (EBBG), bei der Präsentation der „Breitbandstrategie Burgenland 2030“
Foto: LMS

High-Speed-Internet für alle Burgenländer

Vor kurzem hat Landesrat Leonhard Schneemann die Breitbandstrategie Burgenland 2030 vorgestellt. Erklärtes Ziel des Landes ist es, bis zum Jahr 2030 jeden Haushalt im Burgenland mit High-Speed-Breitband zu versorgen.

Der Breitbandausbau mit leistungsstarker Technologie soll im Burgenland weiter zügig vorangetrieben werden. Mit dem Ausbau der digitalen Infrastruktur sollen Betriebsansiedlungen forciert, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes weiter aufgewertet und die hohe Lebensqualität der Burgenländerinnen und Burgenländer in Zeiten von vermehrtem Home-Office nachhaltig gestärkt werden. Mit der Gründung der Energie Burgenland Breitband GmbH (EBBG) und der Erstellung der „Breitbandstrategie Burgenland 2030“ wurde die Grundlage geschaffen, um eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung und somit aller Haushalte des Landes mit schnellem Breitbandinternet sicherzustellen. Die neue Breitbandstrategie für das Burgenland wurde von Landesrat Leonhard Schneemann, Stephan Sharma, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland, und Peter Sinowatz, Geschäftsführer der Energie Burgenland Breitband GmbH, vorgestellt.

Weißer Flecken schließen

Einer aktuellen Studie zufolge – diese wurde anlässlich der 25-jährigen EU-Mitglied-

schaft erstellt – verfügten bereits im Jahr 2018 rund 89 % aller burgenländischen privaten Haushalte über Breitbandinternet. Bundesweit waren es rund 88 Prozent. „Leistungsstarkes Breitband-Internet in allen Teilen des Burgenlandes ist die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Unser erklärtes Ziel ist es, bis zum Jahr 2030 jeden Haushalt im Burgenland mit High-Speed-Breitband zu versorgen. Neben einem leistungsstarken Glasfasernetz müssen wir vor allem den Ausbau des mobilen Breitbands mit leistungsstarker Technologie vorantreiben, um weiße Flecken insbesondere im Südburgenland zu schließen. Dieser Herausforderung nimmt sich die Burgenländische Landesregierung aktiv an. Als Grundlage zur Erreichung dieses Zieles dient eine Burgenländische Breitbandstrategie. Unser strategischer Partner zur Umsetzung – sowohl technisch als auch organisatorisch – ist dabei die Energie Burgenland. Diese hat bereits im Vorjahr mit der Gründung der Energie Burgenland Breitband GmbH die Weichen gestellt“, betonte LR Schneemann.

High-Speed-Internet bis in den letzten Winkel des Landes

Als maßgebliche Ziele der kommenden Jahre nannte der Landesrat einen FTTH-Ausbau von jährlich drei unterversorgten Katastralgemeinden ab 2021 in Koordination mit Stromnetzausbauten, einen Back-

haul-Lückenschluss für Mobilfunk-Sendeanlagen ohne Glasfaseranbindung bis 2023 sowie zumindest einen Glasfaser-Zugangspunkt in jeder burgenländischen Gemeinde bis 2025. Stephan Sharma, Vorstandsvorsitzender der Energie Burgenland, erklärte: „In Abstimmung mit dem Land Burgenland wurde entschieden, ein eigenes Unternehmen, nämlich die Energie Burgenland Breitband GmbH, zu gründen. Vordergründiges Ziel des neuen Unternehmens ist es, weiße Flecken insbesondere im Landessüden möglichst rasch zu schließen. Gleichzeitig aber auch den Schritt nach vorne zu gehen, um für das Burgenland ein High-Speed-Internet für alle Unternehmen und Haushalte sicherzustellen.“

Gemeinden werden in die Aktivitäten eingebunden

„Die Gemeinden sollen in die Aktivitäten der EBBG eingebunden werden, um das Thema Breitband in der Region zu verankern“, sagte Peter Sinowatz, Geschäftsführer der Energie Burgenland Breitband GmbH. In der ersten Phase des Breitbandausbaus sollen insgesamt rund 30 Mio. Euro aus Fördermitteln des Landes, des Bundes und der Europäischen Union investiert werden.

Die „Breitbandstrategie Burgenland 2030“ ist ab sofort online unter www.burgenland.at/breitbandstrategie abrufbar.

Zur Sache

Jede/r 17. BurgenländerIn ist bei der Feuerwehr, fast 10% aller Aktiven sind Frauen

Die Mitgliederzahl ist dank guter Jugendarbeit im Vorjahr weiter gestiegen. Derzeit sind 17.317 BurgenländerInnen, damit jede/r 17. BurgenländerIn, Mitglied einer freiwilligen Feuerwehr. Besonders erfreulich ist, dass mehr als ein Viertel der Mitglieder unter 25 Jahre alt sind. Fast 10 Prozent aller Aktiven sind weiblich, beim Feuerwehrynachwuchs sind es sogar 40 Prozent. Damit ist das Burgenland österreichweit Vorreiter.

Das engmaschige Netz an Freiwilligen Feuerwehren und kurze Anfahrtswege ermöglichen raschestes Einschreiten innerhalb von fünf bis acht Minuten; das wird auch weiterhin gewährleistet sein. Derzeit gibt es im Burgenland 310 Freiwillige Feuerwehren.

6.600 Einsätze, 316 Menschen aus lebensbedrohlichen Situationen gerettet

Alle 80 Minuten rückt im Burgenland eine Freiwillige Feuerwehr aus. Um fast acht Prozent gestiegen ist im Vorjahr die Zahl der Einsätze: Insgesamt wurden 6.600 Einsätze und Hilfeleistungen absolviert, mehr als 49.300 Feuerwehrmitglieder waren knapp 80.000 Stunden im Einsatz.

Dank des raschen Eingreifens konnten 316 Menschen aus lebensbedrohlichen Situationen gerettet werden.

Nur rund 20 Prozent der Einsätze sind auf Brände entfallen. Bei den technischen Einsätzen waren vor allem Stürme und Unwetter die Ursachen für das Einschreiten. 870 Ausfahrten, damit die zweitgrößte Kategorie, betrafen Verkehrsunfälle.

Es gab 916 Einsätze bei Verkehrsunfällen, wobei es auch zu Nahkontakt mit entsprechendem Ansteckungsrisiko mit dem Coronavirus gekommen ist.



Landesrat Heinrich Dorner mit SPÖ-Sicherheitssprecher LAbg. Ewald Schneckner Foto: SPÖ

Mehr Geld für Freiwillige Feuerwehren

Das Land Burgenland erhöht die Förderungen für die Freiwilligen Feuerwehren. Das ist die erste Aufstockung der Mittel seit 2014. Sie wird in qualitativ hochwertige Ausrüstung und in die Infrastruktur für Burgenlands Feuerwehrleute fließen.

Mit Beginn des Jahres 2021 wurden das erste Mal seit 2014 die Förderungen des Landes für die Freiwilligen Feuerwehren erhöht. Angehoben wurden unter anderem die Förderungen für Ausrüstung. Erstmals förderbar sind nun auch Einsatzbekleidungen wie Schutzjacken, Schutzhosen, Einsatzoveralls oder Feuerwehrhelme. Auch für die Sanierung von Feuerwehrhäusern gibt es mehr Geld. Zudem besteht auch die Möglichkeit, Fahrzeuge zu revitalisieren (Laufzeitverlängerung) und gebrauchte Fahrzeuge zu subventionieren. „Durch die Coronakrise sind die Herausforderungen für die Feuerwehr noch größer geworden. Mit der Aufstockung der Fördermittel sorgen wir seitens des Landes dafür, dass die Mitglieder der Feuerwehr in vollem Umfang auf qualitativ hochwertige Ausrüstung und Infrastruktur zurückgreifen können. Unsere Feuerwehrleute sollen unversehrt aus ihren Einsätzen zurückkommen – das steht an oberster Stelle!“, betont Landesfeuerwehrreferent, Landesrat Heinrich Dorner.

Für Dorner ist diese Maßnahme auch deshalb so wichtig, weil die Feuerwehren für die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Land unverzichtbar sind. Zudem sei die höhere Förderung nicht zuletzt auch ein Zeichen der Wertschätzung für die tollen Leistungen der rund 17.500 Mitglieder der Feuerwehren im Burgenland. „Die tausenden, ehrenamtlichen Feuerwehrmänner und -frauen sind 365 Tage im Jahr rund um die Uhr einsatzbereit und helfen dort, wo Hilfe gebraucht wird. Professionell, effizient und gewissenhaft erledigen sie ihre Arbeit. Auch in Zeiten der Pandemie haben sich die Burgenländerinnen und Burgenländer immer auf die Feuerwehren voll verlassen können. Die Anhebung der Fördermittel ist daher auch ein Dankeschön für diesen unermüdbaren Einsatz“, so der Landesrat. Auch SPÖ-Sicherheitssprecher LAbg. Ewald Schneckner zeigt sich erfreut über die deutliche Anhebung der Förderungen: „Auf unsere Feuerwehrmitglieder ist immer Verlass. Umso wichtiger ist es, ihnen entsprechend Geld für ihre Einsatzmittel zur Verfügung zu stellen. Nur mit ordentlichem Rüstzeug kann auch ordentlich gearbeitet werden. Besonders erwähnenswert ist die neue Förderung für die Sanierung von Feuerwehrhäusern. Das entlastet Gemeindegassen“, erklärt Schneckner abschließend. Auch der GVV begrüßt diese Erhöhungen.

„Gemeinden brauchen echte Hilfe“

„Es braucht echte Hilfe für die Gemeinden, damit wichtige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger wie Feuerwehr oder Kindergärten abgesichert sind“, erklärte Bürgermeisterin Inge Posch-Gruska, Vizepräsidentin des GVV Burgenland, beim digitalen SPÖ-BürgermeisterInnentreffen des Bezirkes Mattersburg.

Jeden Tag wird deutlicher, dass das türkisgrüne Versprechen „Wir lassen niemanden zurück“ nichts wert ist. Denn trotz der dramatischen Folgen der Corona-Krise – Rekordarbeitslosigkeit mit mehr als einer halben Million arbeitslosen Menschen, Finanzlöcher in den Gemeinden, verlorene Generation Corona etc. – handelt die Regierung nicht oder viel zu spät. „Für uns ist klar, dass es gerade jetzt etwas gegen diese Kälte braucht. Nämlich Chancen für die Menschen, Zuversicht und die richtigen Maßnahmen, wie zum Beispiel eine große Joboffensive, echte Hilfe für die Gemeinden oder auch faire und sichere Pensionen“, erklärt SPÖ-Bezirksparteivorsitzender, Bürgermeister Dieter Posch. In so einer Krise wegzuschauen und die Menschen mit Almosen und Ankündigungen abzuspiesen, sei soziale Kälte pur.



Landesrat Heinrich Dorner bei der Pressekonferenz zum neuen Raumplanungsgesetz
Foto: LMS

Neues Raumplanungsgesetz macht das Leben leistbarer

Das neue Raumplanungsgesetz ist unter Dach und Fach gebracht. Bauland wird günstiger, Reserven werden für Allgemeinheit mobilisiert, der Photovoltaik-Ausbau wird vorangetrieben und die Gemeinden bekommen Rechtssicherheit. Kritik gibt es am destruktiven Verhalten der burgenländischen ÖVP, die sich einmal mehr gegen die Interessen des Burgenlandes, seiner Gemeinden und seiner Menschen gestellt hat.

„Nach der parteipolitisch motivierten Blockade durch die Bundes-ÖVP im Zusammenspiel mit der Landes-ÖVP ist der Weg nun frei für ein Raumplanungsgesetz, mit dem das Burgenland österreichweit Vorbildwirkung hat. Wir machen damit das Leben für die BurgenländerInnen leistbarer – Bauland wird günstiger, Baulandreserven werden für die Allgemeinheit mobilisiert. Und: Wir treiben den Ausbau der Erneuerbaren Ener-

UNSER GVV-BURGENLAND-TEAM...



BGM. ERICH TRUMMER
Präsident

» Repräsentant,
Politische Führung

E erich.trummer@gvvgld.at
M 0664/46 05 319



MAG. HERBERT MARHOLD
1. Landesgeschäftsführer

» Finanzen, Rechtliches,
Büroleitung

E herbert.marhold@gvvgld.at
M 02682/775 254



PATRICK HAFNER, MA
2. Landesgeschäftsführer

» Politische Beratung,
Fraktionsarbeit, Schulungen

E patrick.hafner@gvvgld.at
M 0664/87 89 720



SUSANNE SCHACHINGER
Assistenz der Geschäftsleitung

» Büroorganisation, Webshop,
Administration, Terminverwaltung

E susanne.schachinger@gvvgld.at
M 02682/775 255

...IST FÜR SIE DA!

Baulandmobilisierungsabgabe

Flächenausmaß	Prozentsatz zur Berechnung der Abgabenhöhe
bis 800 m ²	0,5%
801 m ² bis 1.000 m ²	1%
1.001 m ² bis 1.200 m ²	1,5%
1.201 m ² bis 1.400 m ²	1,8%
1.401 m ² bis 1.600 m ²	2%
ab 1.601 m ²	2,5%

Die Höhe der Abgabe ergibt sich aus einem Prozentsatz des Grundstückswertes (erstmalige Feststellung durch einen unabhängigen Sachverständigen):

gien im Einklang mit dem Landschaftsschutz voran und schaffen zugleich Rechtssicherheit für die Bürgermeister und die Anlagenbetreiber“, betonte Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner beim Beschluss des Gesetzes im Rahmen der letzten Landtagssitzung. Auch der GVV kann hier das Verhalten der ÖVP nicht nachvollziehen.

Burgenland bei unbebautem Bauland bundesweit Spitzenreiter

Mit fast 38 Prozent an unbebautem Bauland sei das Burgenland deutlich über dem Bundesschnitt von 23,5 Prozent und bundesweit an erster Stelle. „Auf diesen Spitzenplatz können wir getrost verzichten. Deshalb setzt das Land Schritte, um hier gegenzusteuern – auch auf Wunsch vieler Bürgermeister“, hielt der Landesrat fest. Die Mobilisierung von ungenutztem Bauland sei auch das zentrale Anliegen, das mit dem neuen Raumplanungsgesetz verfolgt wird. Im Vordergrund steht: „Ungenutztes Bauland soll nicht zu Spekulationszwecken verwendet werden, sondern allen BurgenländerInnen zur Verfügung stehen“, so GVV Präsident Erich Trummer.

Maßnahmen für leistbares Bauland

Die wesentlichsten Punkte umfassen Maßnahmen für leistbares Bauland, den Abschluss von Baulandmobilisierungsvereinbarungen und auch eine Abgabe auf als Bauland gewidmete Grundstücke, die aber für ‚Häuslbauer‘ nicht verfügbar gemacht werden, so der Landesrat weiter. Ausgenommen von der Mobilisierungsabgabe sind unter anderem Grundstücke für den familieneigenen Bedarf. Dorner: „Wir wollen mit der Abgabe verhindern, dass sich – wie das in Teilen Westösterreichs der Fall ist – einheimische junge Familien Bauland

nicht mehr leisten können. Dem spekulativen Horten von brachliegendem Bauland soll ein Riegel vorgeschoben werden.“

Photovoltaik: Landschaftsschutz steht an oberster Stelle

Bei den Änderungen im Bereich der Photovoltaik stehe der Landschaftsschutz an oberster Stelle und werde auch gewährleistet, erklärte der Landesrat. „Forciert wird daher die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Dächern, die auch nicht von der Photovoltaikabgabe betroffen ist. Einem Wildwuchs an Photovoltaikanlagen wird durch Eignungszonen, die vom Land vorgegeben werden, Einhalt geboten“, so Dorner. Das Gesetz sieht zudem vor, dass die Betreiber innovative Nutzungskonzepte berücksichtigen müssen: Bürgerenergiegemeinschaften, Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften, landwirtschaftliche Doppelnutzungen, Kombination mit Energiespeichersystemen usw. „Auch damit ist das Burgenland eine Modellregion beim Klima- und Umweltschutz. Unser ambitioniertes Vorhaben, bei der Photovoltaik wie auch bei der Windkraft europaweit eine Vorreiterrolle einzunehmen, bekommt durch die Neuerungen in der Raumplanung einen wichtigen Schub“, betonte der Landesrat.

Kein Verständnis für destruktives Verhalten der ÖVP

Überhaupt kein Verständnis habe er für das destruktive Verhalten der ÖVP, machte Trummer deutlich: „Ich appelliere an die ÖVP, endlich die parteipolitische Brille abzulegen und ihre Politik gegen die Burgenländerinnen und Burgenländer und die Gemeinden einzustellen. Nicht türkis, sondern rot-gold steht an erster Stelle!“ Auch Landesrat Dorner ist froh, dass es in der Bun-

Info-Box

Baulandmobilisierungsabgabe

Die Baulandmobilisierungsabgabe ist eine gemeinschaftliche Landesabgabe und erfolgt mittels Vorschreibung gem. § 6 F-VG durch das Land. Abgabenschuldner sind die Grundeigentümer oder Baurechtsberechtigte. Davon umfasst sind unbebaute Baulandgrundstücke. Jedenfalls befreit von der Abgabe sind Gemeinden bei Grundstücken im eigenen Gemeindegebiet, das Land Burgenland sowie Unternehmen des Landes. Keine Abgabepflicht gilt auch für alle drei Jahre lang ab Grundstückserwerb sowie in Zeiten der Bausperre. Bei Ansuchen auf Umwidmung (Umwidmung muss binnen 2 Jahren durchgeführt sein), wenn bereits mit der Bebauung des Grundstücks begonnen wurde UND für Grundstücke für Kinder bzw. Enkelkinder bis 30 Jahre (jeweils nur ein Grundstück pro Kind).

desregierung einen konstruktiven Teil gibt, dem es um die Sache geht. Der Ministerrat sprach sich ursprünglich gegen jene Regelungen aus, die die finanzielle und rechtliche Grundlage für Zahlungen der Photovoltaik- und Windanlagenbetreiber an die Gemeinden schaffen sollen. Mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler konnte eine Einigung erzielt werden. „Die Einigung, die wir mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler erzielt haben, ist im Sinne aller Beteiligten. Wir haben eine bereits bestehende Abgabe im Bereich der Windkraft und nun auch bei der Photovoltaik mit einem Maximalbetrag gesetzlich festgeschrieben und damit eine saubere Rechtsgrundlage geschaffen. Für die Betreiber der Anlagen und für die Gemeinden bringt das Planungssicherheit. Und: Wir unterstützen mit unseren Initiativen auch das Ziel des Bundes, bis 2030 100 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien zu produzieren“, unterstrich Dorner abschließend. In diese Kerbe schlägt auch GVV Präsident Erich Trummer: „Die selbsternannte ‚Bürgermeisterpartei ÖVP‘ stellt Bundesparteipolitik vor sachliche Kommunalpolitik und Gemeindeentlastung. Die ÖVP Burgenland macht sich lieber zum Steigbügelhalter von Kurz und Co als für eine finanzielle Entlastung und Rechtssicherheit der Gemeinden einzutreten.“

Gemeindemandatare: Bezüge angepasst

Mit 1. Jänner 2021 wurden die Bezüge der Gemeindemandatare angepasst. Der Ausgangsbetrag ist, laut §2 des Bgl. Gemeindebezügegesetzes, für die Organe der Gemeinden der angepasste monatliche Bezug eines Nationalrates. Demnach beträgt der neue Ausgangsbetrag für das Jahr 2021 9.609,96 Euro brutto. (Ausnahme: Gemeinden über 7000 Einwohner, hier beträgt der Ausgangsbetrag 9.366,43 Euro.) Da sich die Höhe der Bürgermeister-Bezüge nach der Einwohnerzahl richtet, ist die Volkszahl vom 31.10.2019 zu berücksichtigen. Zum Beispiel beträgt der Bezug eines Bürgermeisters einer Gemeinde unter 500 Einwohner 2.402,50 Euro brutto (25 Prozent des Bezuges eines Nationalrates). Der Prozentsatz erhöht sich je 500 Einwohner.

Schwellenwerte bis Ende 2022 verlängert

Die Bundesregierung hat die Gültigkeit höherer Schwellenwerte für staatliche Auftragsvergaben bis Ende 2022 verlängert. Damit sind Direktvergaben bis 100.000 Euro möglich. Bereits in den Vorjahren war die Schwellenwert-Verordnung mit Anhebungen um jeweils zwölf Monate verlängert worden. Öffentliche Aufträge im Bau-, Liefer-, und Dienstleistungsbereich lassen sich somit weiterhin bis zu einem Wert von 100.000 EUR ohne Ausschreibung an Unternehmen vergeben.

Die auf Drängen der kommunalen Interessensvertretungen - vom GVV Burgenland, den anderen Landesverbänden bis hin zum Städtebund - vom Bundeskanzleramt fixierte Verlängerung der Schwellenwert-Verordnung bis zum 31. Dezember 2022 ist eine wichtige Maßnahme für die regionale Wirtschaft sowie für die Städte und Gemeinden. Der GVV Burgenland geht darüber hinaus und fordert schon länger eine unbefristete Verlängerung wie z.B. in Deutschland. Angesichts des Übergreifens der COVID-19 Finanzkrise auf die Realwirtschaft ist es weiter erforderlich, vor allem Klein- und Mittelbetriebe mit unbürokratischen öffentlichen Auftragsvergaben zu unterstützen. waltungsaufwand reduziert.



Archive, wie das Burgenländische Landesarchiv, sind wichtige Bewahrer des kulturellen Erbes des Burgenlandes

Foto: LMS

Kommunale Archive Teil des kulturellen Erbes - Aufgaben klar geregelt

Der burgenländische Landtag hat einstimmig ein neues Burgenländisches Archivgesetz verabschiedet, das einen zeitgemäßen gesetzlichen Rahmen für das Land, aber auch die Gemeinden schaffen soll.

Jedes Archiv im Burgenland sichert einen Teil des kulturellen Erbes und somit auch die Identität des Landes und der jeweiligen Gemeinde. Bisher waren diese Archive in den Gemeinden wohl vorhanden, aber nicht zeitgemäß geregelt. Das neue Archivgesetz löst ein innerorganisatorisches Statut aus dem Jahr 1948 ab, das den Aufgaben eines Archivs im 21. Jahrhundert bei Weitem nicht mehr genügt. Mit dem neuen Burgenländischen Archivgesetz wurden nun zeitgemäße, wichtige rechtliche Rahmenbedingungen dafür geschaffen.

Neues Gesetz regelt klar die Aufgaben der Archive

Im neuen Gesetz sind die Aufgaben des Landesarchivs und der Kommunalarchive genau

geregelt und definiert, wie beispielsweise das Verfahren der Archivierung, die zu beachtenden Schutzfristen sowie den Zugang zum und die Nutzung von Archivgut. Durch die neuen gesetzlichen Regelungen ist dieser Zugang transparent und für jede und jeden gleich. Die Schutzfrist wurde von 50 auf 30 Jahre verkürzt, was einen rascheren Zugang, insbesondere für die Wissenschaft, zu forschungsrelevanten Unterlagen aus dem Archivgut ermöglicht. Auch die Überlieferung digitaler Unterlagen wird berücksichtigt, damit die burgenländische Geschichte für die Nachwelt auch digital erhalten bleibt. Die Bedeutung der Archive im Land und in den Gemeinden wird besonders heuer zu spüren sein, da das Burgenland 2021 seinen 100. Geburtstag feiert und deshalb wurde diese Materie auch gesetzlich neu geregelt. Der GVV Burgenland war, wie auch die anderen kommunalen Interessensvertretungen, in den Gesetzwerdungsprozess eingebunden. Auch der GVV feiert heuer Geburtstag. 2021 jährt sich sein Bestehen zum 70ten Mal.

WIFI4EU – Umsetzungsphase um sechs Monate verlängert

Bereits zum zweiten Mal wird die Umsetzungsphase für WIFI4EU-Projekte um sechs Monate verlängert. Dies betrifft sämtliche Ausschreibungen und ist auf die COVID-Krise zurückzuführen.

Mitte Februar wurde entschieden, dass Gemeinden im Besitz eines WIFI4EU-Vouchers eine zusätzliche Umsetzungsfrist gewährt wird. Grundsätzlich müsste die Installation eines örtlichen WIFI-Netzwerks innerhalb von 18 Monaten nach Vertragsunterzeichnung erfolgen, nun wurde entschieden, dass allen Gewinnern eines Vouchers ein zusätzliches halbes Jahr gewährt

wird, um WIFI4EU-Projekte abzuschließen. Bis Februar konnten 4.000 der 8.900 WIFI4EU-Gemeinden den Installationsprozess abschließen.

Wie es indessen mit dem Programm in der neuen Förderperiode weitergeht, steht noch immer nicht fest. Auch wenn WIFI4EU im Rahmen der Connecting Europe Facility (CEF) grundsätzlich weitergeführt werden könnte, sind die Trilogverhandlungen über CEF noch nicht abgeschlossen, Gewissheit über die Zuweisung von Fördergeldern und allfällige nächste Calls wird es wahrscheinlich nicht vor dem Frühsommer geben.

Demografischer Wandel zum Thema Altern – Gemeinden gefragt

Der demografische Wandel und politische Antworten darauf zählen zu den Schwerpunkten der „von-der-Leyen-Kommission“. Bis 21. April läuft eine öffentliche Konsultation zum Thema Altern. Da Gemeinden in vielfältiger Weise damit zu tun haben, sind Beiträge aus der kommunalen Praxis gefragt.

Die Konsultation stellt unter anderem Fragen zu Gesundheitspolitik und zur Förderung des Unternehmertums von Senioren. Aus Gemeindesicht interessant sind

die Fragen zu den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raums, etwa im Hinblick auf Gesundheitsversorgung und Pflege, Mobilität oder Einsamkeit. Auch Strategien zur Stärkung der Freiwilligenarbeit und zur besseren Vernetzung der Generationen sind gefragt. Ob die von der Kommission vorgeschlagene europaweite Plattform dazu der beste Weg ist, kann zum Beispiel in Frage 6 beantwortet werden. Der Fragebogen behandelt ein weites Themenspektrum. Auch eine europäische Best-Practice Sammlung wird angedacht.

EU-Gemeinderäte: Serviceangebote online auf www.europagemeinderate.at

Die EU-Gemeinderäte haben eine neue Homepage. Doch nicht nur das, auch das Serviceangebot des Bundes wird hochgefahren und bietet alten und neuen EU-Gemeinderäten zahlreiche Möglichkeiten.

Der Gemeindebund Österreich und damit der GVV ist als Partner der Initiative natürlich mit im Boot, wenn Europa-information in die Gemeinden gebracht wird. Während die Informationen auf

der Homepage des Gemeindebundes, Newsletter sowie die neue Seite www.europagemeinderate.at für jedermann zugänglich sind, richtet sich das Seminarangebot des Bundes ausschließlich an offiziell nominierte Europa-Gemeinderäte. Das dafür erforderliche und vom Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu unterschreibende Formular findet sich ebenfalls auf der Homepage www.europagemeinderate.at.



Ausschuss der Regionen bleibt bis Ende Juli online

Ende Februar veröffentlichte der Ausschuss der Regionen den Beschluss, bis 31. Juli 2021 keine Präsenzsitzungen abzuhalten und somit Ausschuss- und Plenarsitzungen als Videokonferenzen fortzuführen. Auch der Kongress der Gemeinden und Regionen im Europarat setzt weiterhin auf virtuelle Kommunikation. Alte und neue Mitglieder müssen sich zur 40. Plenartagung am 23./24. März, bei der ein neues Präsidium gewählt wird, online zuschalten.

Stabilitäts- und Wachstumspakt: Ausweichklausel bleibt in Kraft

Die Allgemeine Ausweichklausel, die ein Aussetzen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts bewirkt, bleibt bis Ende 2022 in Kraft. Dies bewirkt, dass öffentliche Investitionen und Hilfspakete nicht den strengen Stabilitätskriterien unterworfen sind.

Wachstum und ein Wiederankurbeln der Wirtschaft stehen weiter im Vordergrund. Die Winterprognose der EU-Kommission hat ergeben, dass erst Mitte 2022 mit einer Erholung der Wirtschaft zu rechnen ist, die dem Vorkrisenniveau entspricht. Daher schlägt sie den Mitgliedstaaten eine Verlängerung der Ausweichklausel bis Ende 2022 vor. Die Mitteilung wird im Rat diskutiert und nach dem Sommer soll eine Entscheidung fallen.



Neuer Bankomat in Hirm: Nach der Pleite der Commerzialbank verlor die Gemeinde Hirm nicht nur ihre Bankfiliale, sondern auch den einzigen Bankomat im Ort. Bürgermeisterin Inge Posch-Gruska und ihrem Team gelang es, in Kooperation mit der BKS Bank, einen neuen Bankomat in der Gemeinde Hirm zu installieren. Im Bild: Bürgermeisterin Inge Posch-Gruska mit ihrem Team der SPÖ-Gemeinderäte.

Foto: Gemeinde Hirm



Ehrenurkunde für Johannes Jandrisevits/ Gerersdorf-Sulz-Rehgraben

Mitte des Vorjahres legte Johannes Jandrisevits – wie bereits berichtet – sein Gemeinderatsmandat von Gerersdorf-Sulz nieder. In der letzten Sitzung des Jahres 2020 überreichten ihm Bgm. Wilhelm Pammer und Vzbgm. Günther Peischl im Namen des Gemeinderates eine Ehrenurkunde und sprachen im Dank und Anerkennung für sein Wirken aus. Jandrisevits war seit dem Oktober 2012 Gemeinderat.

Bürgermeister Wilhelm Pammer und Vizebürgermeister Günther Peischl überreichten Johannes Jandrisevits die Ehrenurkunde für sein langjähriges Engagement im Gemeinderat

Foto: SPÖ Gerersdorf-Sulz-Rehgraben

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M